



Der Ausländerbeirat



HESSENS MITTE • WISSEN
WIRTSCHAFT & KULTUR

Az.: ABR/MR

Gießen, den 1. August 2013

Kreisgremien und
Öffentlichkeitsarbeit
Markéta Roska
Gebäude F, Raum F207
Riversplatz 1-9
35394 Gießen
Telefon 0641/9390-1790
marketa.roska@lkgi.de
www.lkgi.de

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausländerbeirates des Landkreises Gießen
am 11.06.2013
Konferenzraum 1, Zimmer Nr. F212, Riversplatz 1-9, 35394 Gießen

Zu dieser Sitzung wurde mit Einladungsschreiben vom ... eingeladen.

Zu Sitzungsbeginn werden folgende Dokumente verteilt:

-
-

Es sind anwesend:

SPD-Fraktion

Gülsenem Yilmaz

Delegierte

CDU-Fraktion

Isabel de Jesus Domicke

Delegierte

FW-Fraktion

Günther Semmler

Delegierter

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ewa Wenig

Delegierte

Gruppe Linkes Bündnis

Reinhard Hamel

Delegierter

Kreisausländerbeirat

Melek Adigüzel

Maria Alves

Ludmilla Antonov

Die Niederschrift über die 19. Sitzung am 21.05.2013 wird einstimmig genehmigt.

Die Beschlussfassung erfolgt:

- | | |
|----|--|
| 3. | Kosten der Unterkunft. Welcher Spielraum bleibt bei der Wohnungssuche? (KT-Drucks. Nr.) |
|----|--|

In Ihrem Eingangsstatement zum TOP erläutert Françoise HÖNLE, dass Migrantinnen und Migranten überproportional häufig von Armut betroffen seien und es zudem aufgrund von Diskriminierungen wegen der Herkunft oft bei der Wohnungssuche besonders schwer haben. Nicht selten könnten Migranten nur bei Migranten mieten – mit dem Ergebnis zunehmender Ghettobildung. Reine „Türkenviertel“, „Russenviertel“ oder „Romaviertel“ sehe sie zwar im Landkreis Gießen derzeit nicht, der Ausländerbeirat sei aber besorgt, dass mit der Senkung der vom Landkreis zu übernehmenden Kosten der Unterkunft (KdU) eine diesbezügliche negative Entwicklung in Gang gesetzt werden könnte.

Marita SEIBERT erläutert die Hintergründe der neuen KdU-Richtlinie und geht insbesondere auf die vorgesehene Zumutbarkeitsprüfung ein, die besondere Härte bei der Umsetzung verhindern solle. Wenn Betroffenen keine nach KdU-Richtlinie angemessene Wohnung zur Verfügung stünde und sie dies nachweisen könnten, würden ebenfalls vorerst die Kosten für die bestehende Wohnung weiter erstattet. Kurze Notizen über die Wohnungsabsagen genügten – beim Landkreis werde zur Kontrolle eine Datei über verfügbaren Wohnraum geführt, die wöchentlich anhand der Wohnungsangebote aus Presse und Internet aktualisiert werde.

In einem halben Jahr werde erste Bilanz über die Auswirkungen der neuen Richtlinie gezogen.

Anschließend berichtet Angelika LINKE vom Arbeitskreis Soziale Sicherung aus Sicht der sozialen Beratungsstellen. Sie betont die Wichtigkeit auf entsprechende Schreiben möglichst schnell zu reagieren und sich entsprechend vom zuständigen Sachbearbeiter beraten zu lassen. Erst wenn nach der Prüfung ein Bescheid kommt, kann Widerspruch eingelegt und ein rechtliches Verfahren eingeleitet werden.

Der AK Soziale Sicherung gehe von einem sehr hohen Beratungsbedarf aus, der nicht von den Beratungsstellen gedeckt werden könne. Außerdem zweifelt der AK daran, dass die zugrunde liegende Mietwerterhebung zu einer realitätsnahen „Angemessenheit“ komme. Der AK Soziale Sicherung fordert, dass keine Absenkungsverfahren für Mieter in die Wege geleitet werden, deren Mieten noch im Jahr 2012 als angemessen galten.

Der Vortrag von Angelika LINKE ist als Anhang dieser Niederschrift beigefügt – darin ist auch ein Überblick über das von Marita SEIBERT geschilderte Verfahren.

Hermann WILHELMY, evangelische Flüchtlingsseelsorge, geht in seinem Vortrag auf die besondere Situation der Flüchtlinge und Asylbewerber ein:

Derzeit befinden sich in der Hessischen Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen über 700 Asylbewerber – die Zugangszahlen werden in Zukunft voraussichtlich noch steigen. Neue Gemeinschaftsunterkünfte zu finden sei deshalb zurzeit die Anstrengung des Landkreises. Aber auch Einzelwohnungen würden von mehr Asylbewerbern gesucht werden – in einer Situation, in der bezahlbarer Wohnraum immer knapper werde. Aus Sicht der Flüchtlingshilfe wird deshalb folgende Entwicklung befürchtet: Die Zahl der Wohnungssuchenden und das Angebot werden stark auseinanderdriften, das Angebot an schlechten Wohnungen wird steigen. Eine besondere Wachsamkeit des Landkreises sei hier gefordert. Er bittet außerdem um Berücksichtigung weiterer, für Asylbewerber wichtige Kriterien, wie die Möglichkeit der Pflege der eigenen Kultur, des Besuches von Sprach- und Integrationskursen usw.

Als letzter Referent berichtet Rechtsanwalt Martin KAULBACH vom Mieterverein Gießen. Laut Jobcenter stünden derzeit 12.870 Menschen im Leistungsbezug, laut Analyse des für die Mietwerterhebung zuständigen Unternehmens Analyse & Konzepte GmbH seien 123 317 Wohnungen auf dem Markt, davon 34 000 Einfamilienhäuser, 33 958 Zweifamilienhäuser. Von ca. 14 000 Miet- und Betriebskostenwerten hätten nur 80 Angebotsmieten und 75 Neuverträge Eingang in die Erhebung gefunden. So sei z.B. das Büro Ulrich als größtes Büro für Gutachten zu Mietwohnungen nicht von Analyse & Konzepte angefragt worden.

In den Gemeinden fehle ein nennenswerter Bestand an Sozial- oder Genossenschaftswohnungen. Hohe Mieten (über 5 € pro qm) und schlechte Verhandlungsmöglichkeiten seien z.B. in Wettenberg, Linden, Gießen und Lich die Regel. In Gießen lägen z.B. die Mieten der Wohnbau Gesellschaft oft über dem KdU-Spiegel.

An der Diskussion zum Thema beteiligen sich außer den Referentinnen und Referenten Reinhard HAMEL, Gülsenem YILMAZ, Edin MUHAREMOVIC, Isabell DOMICKE und Tim VAN SLOBBE.

Tim VAN SLOBBE kündigt abschließend eine neue Auseinandersetzung mit neuen Erfahrungswerten nach der angekündigten ersten Auswertung an. Hierzu soll dann auch das Gießener Wohnraumbündnis eingeladen werden.

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung um 21:15 für eine fünfminütige Pause.

Die Beschlussfassung erfolgt:

4. Anträge (KT-Drucks. Nr.)

Tim VAN SLOBBE berichtet über einen für die kommende Kreistagssitzung geplanten interfraktionellen Antrag. Da der Antrag noch nicht öffentlich ist, wird der TOP entsprechend behandelt. Der Antrag 0694/2013 „Das Lumdatal bleibt bunt!“ wird verteilt und diskutiert. Der Ausländerbeirat begrüßt und unterstützt den Antrag. Viele Mitglieder sind der Meinung, dass hinter den „wenigen Rechtsextremen“ mehrere im Verborgenen stehen. Edin MUHAREMOVIC bemerkt dazu: „Auch einer ist zu viel“.

Der Ausländerbeirat beschließt, eine Sitzung mit Experten zum Thema Rechtsextremismus durchzuführen. Gegenstand der Sitzung soll u.a. sein, welche Angebote die Städte und Gemeinden gelangweilten oder perspektivlosen Jugendlichen präventiv bieten könnten.

Die Vorbereitung der Sitzung soll in einer offenen Vorstandssitzung stattfinden, zu der alle Mitglieder eine Einladung erhalten.

Die Beschlussfassung erfolgt einstimmig.

Die Beschlussfassung erfolgt:

5. Mitteilungen und Anfragen (KT-Drucks. Nr.)
--

Edin MUHAREMOVIC teilt mit, dass der Gießener Tag der Kulturen dieses Jahr erstmals an einem Samstag, zusammen mit dem Stadtfest, stattfinden wird. Mitwirkende Bands erhalten eine pauschale Aufwandsentschädigung – für Bands mit längerer Anreise (wie z.B. Turbo Sapienowa) entstehen aber höhere Kosten. Er fragt, ob der KAB bereit wäre, hier unter Umständen zusätzliche finanzielle Unterstützung zu leisten. Die Mitglieder befürworteten dies und bitten den Vorstand über entsprechende Anträge zu entscheiden.

Es werden noch einige weitere Termine bekannt gegeben.

Die Beschlussfassung erfolgt:

**Ausschussvorsitzender Tim van Slobbe schließt die Sitzung des
Ausländerbeirates um 22:05 Uhr.**

Tim van Slobbe

**Markéta Roska
Schriftführer**